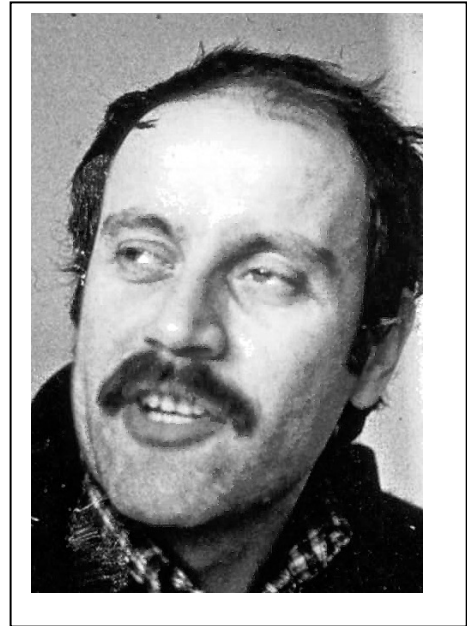


# „Die ersten Wehen der Schnüffelei“

Frank Hethey

Nur allzu gut hat Karlheinz Koke noch den Auftritt des „berüchtigten Oberschulrats“ Günther Eisenhauer vor Augen. Als junger Lehrer habe er Ende 1974 für den Vorstand der Lehrgewerkschaft GEW kandidieren wollen. Eisenhauer habe sich gemeldet und erklärt, er könne Koke nicht wählen – wegen dessen Mitgliedschaft im Kommunistischen Bund Westdeutschlands (KBW).



„Da hat die Behörde schon gut mit dem Verfassungsschutz zusammengearbeitet“, sagt der heute 78-Jährige. „Das waren die ersten Wehen der Schnüffelei.“

Als Koke über seinen Eintritt in den KBW grübelte, gab es den Radikalenbeschluss schon. „Ich habe überlegt: Trifft mich dieser Erlass“, erinnert sich Koke. Seine Mitgliedschaft sieht er auch als Trotzreaktion. „Ich wollte mich nicht einschüchtern lassen.“ Den Preis dafür bekam er bald zu spüren. Im Sommer 1975 teilte Eisenhauer ihm mit, wegen mangelnder Bewährung sei seine Verbeamtung ausgesetzt, ein Dienstgespräch sollte Klarheit bringen. Damit begannen die rechtlichen Auseinandersetzungen, die sich bis 1979 hinzogen.

## **Letztes Dienstgespräch verweigert**

Immer wieder wurde die Probezeit am Alten Gymnasium nur verlängert. „Obwohl ich in den Klassen nie Probleme gehabt habe“, sagt Koke, der damals Deutsch und Religion unterrichtete. Ein letztes Dienstgespräch Ende 1978 verweigerte er, dabei konnte sich Koke auf breite Unterstützung verlassen. „Vor der Behörde gab es eine Solidaritätskundgebung mit Schülern und Eltern.“ Umso überraschender für ihn, dass er im Sommer 1979 dann doch ins

Beamtenverhältnis übernommen wurde. Dafür hat Koke nur eine Erklärung: „Einflussreiche Leute müssen sich für mich eingesetzt haben.“

Verbittert ist Koke nicht, seine Erlebnisse erzählt er gern als Anekdoten. Eigentlich sei er ohnehin der falsche Ansprechpartner. „Ich bin ja nicht entlassen worden.“ Ein Spaß war sein Kampf gegen den Radikalenbeschluss aber auch nicht. Im Schuldienst konnte er bleiben, dafür schloss ihn aber die GEW aus. Grundlage war der sogenannte Unvereinbarkeitsbeschluss, demzufolge KBW-Mitglieder nicht der GEW angehören durften. Der Effekt: Koke büßte den Rechtsschutz ein. „Die Prozesskosten mussten wir selber zahlen.“

Doch warum überhaupt die Hinwendung zum KBW? Koke führt den Mief der Nachkriegsjahre an: die Ära Adenauer und Kiesinger, alte Nazis in Politik und Verwaltung. „Ich wollte eine offene und liberale Gesellschaft.“ Dass der KBW selbst nicht gerade ein Abbild lupenreiner Demokratie war, lässt sich jedoch kaum leugnen. Koke spricht von „ein bisschen überspannten Ideen“, die innere Organisation des KBW sei „einfach zu viel“ gewesen. Diese Episode sei für ihn aber „keine verlorene Zeit“ gewesen. Bei anderen habe der behördliche Dauerdruck tiefe Spuren hinterlassen. In Bremen hatte der KBW schon in den späten 1970er-Jahren seine Blütezeit hinter sich. Parteipolitisch wollte sich Koke danach eigentlich nicht wieder binden. Seine Rolle als Mitbegründer der Gesamtschule Mitte bot einen adäquaten Ersatz. „Das war jetzt meine politische Arbeit.“ Vor einigen Wochen hat er nun aber seine Haltung revidiert. „Ich bin bei den Grünen eingetreten. Habeck hat mich überzeugt.“

Weserkurier 28.01.2022